

Jochen Sunken

Macht- und Gestaltungs- zielverfolgung von Regierungsparteien

Strategische Muster
der SPD 1998–2005



Springer VS

Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Regierungsparteien

Jochen Sunken

Macht- und Gestaltungs- zielverfolgung von Regierungsparteien

Strategische Muster
der SPD 1998–2005

Jochen Sunken
Hamburg, Deutschland

D 6

OnlinePLUS Material zu diesem Buch finden Sie auf
<http://www.springer-vs.de/978-3-658-11519-7>

ISBN 978-3-658-11519-7 ISBN 978-3-658-11520-3 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-11520-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Der Nobelpreisträger Niels Bohr hat einmal gesagt: „If you are not confused by quantum physics then you haven't really understood it.“ (zitiert nach Griffith 2005). Doch was hat Quantenphysik mit politischer Strategie zu tun? Zunächst einmal gar nichts; und doch scheint es mir so – wie das Bonmot des Nobelpreisträgers Niels Bohr über die von ihm mitbegründete Quantenphysik zeigt –, dass die Beschäftigung mit ihr den Physiker ähnlich verwirrt zurücklässt wie den Politikwissenschaftler die Analyse von ‚Strategie‘. So zumindest erging es mir phasenweise im Entstehungsprozess dieser Dissertation: Je tiefer ich mich in das Thema einarbeitete, desto mehr wurde mir bewusst, dass das anfängliche Verwirrtsein über sie nicht aufhört, ja sich sogar verstärkt. Dies bedeutet nicht, dass nicht einiges Bedeutsames und auch Richtiges über beide Themen gesagt werden kann – schließlich handelt es sich nicht um ein metaphysisches Fantasiegebilde, sondern um in der Realität vorhandene und wirksame Phänomene. Nichtsdestoweniger ist es scheinbar Teil ihres Wesens, ein Quäntchen (sic!) Ungeklärtheit, Unerklärbares, Paradoxes zurückzulassen. Einem Verständnis von ihnen näher zu kommen bedeutet, einen Teil von ihnen als unverstehbar zu akzeptieren.

Es ist meinem Betreuer Klaus Schubert zu verdanken – und wesentlich seiner pragmatistischen Denkweise –, diese Verwirrung einerseits zu akzeptieren, und sich andererseits nicht davon beirren zu lassen, sondern sie als Teil der Beschäftigung mit (gleich welchen) politikwissenschaftlichen Themen zu akzeptieren. Ebenso verdanke ich ihm eine Herangehensweise an eine Dissertation, die ihre konzeptionelle Entwicklung auch als einen offenen, organischen, verwundenen und kreativen Prozess auffasst – zusätzlich zur linearen handwerklichen Erweiterung des Wissens bei der anschließenden Durchführung. Ohne ihn wäre diese Arbeit in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen. Auch danke ich meinem Betreuer Karl-Rudolf Korte für seinen immer konstruktiven, zielgerichteten und wertvollen Input, der mir auch neue und frische Sichtweisen auf das Thema nahebrachte und den Fokus der Arbeit weiter schärfte.

Ich möchte mich auch bei all den Kolleginnen und Kollegen von der WWU Münster, wo diese Dissertation vorgelegt und als solche angenommen wurde, Mitpromovierenden sowie Studierenden bedanken, denen ich im Laufe der Jahre – sei es in offiziellen Kolloquien, sei es auf dem Institutsflur – Ideen und Konzepte dieser Arbeit – von anfänglich groben Skizzen bis hin zu einzelnen Unterargumenten – vorgestellt habe und deren Feedback und Hinweise diese Arbeit bereichert haben. Auch danke ich all meinen Freundinnen und Freunden, welche mich in dieser Zeit großartig unterstützt haben.

Last but not least möchte ich mich auch bei meinen Eltern bedanken, die mir immer vollen Vertrauens nicht nur mein sozial- und geisteswissenschaftliches ‚Neigungsstudium‘ ermöglicht haben, sondern stets auch ein offenes Ohr und ermutigende Worte bereit hielten. Letztlich danke ich meiner Hanna, dass sie immer für mich da war, mich aufgefangen hat, wenn mich die Zweifel zu erdrücken drohten und mich, wenn ich es zu vergessen schien, immer daran erinnert hat, dass es wichtig ist, manche Dinge durchzuziehen, es aber auf dieser Welt auch anderes schönes gibt als eine Dissertation.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	15
1.1	Strategien, strategische Intentionen und strategische Muster	16
1.2	Parteien mit Macht- und Gestaltungszielen	19
1.3	Forschungsfragen und Untersuchungszeitraum	23
1.4	Empirische Grundlage	27
1.5	Aufbau und Vorgehen	29
A	Konzeptionelle Grundlegung	33
2	Parteien im politischen Wettbewerb: Funktionen und Ziele	35
2.1	Parteien und Parteiführung	35
2.2	Die Doppelrolle von Parteien in repräsentativen Demokratien	38
2.3	Parteien in Konkurrenz um Macht	40
2.4	Party-Government	43
2.5	Phasen des politischen Wettbewerbs	45
3	Strategie und Strategieanalyse	49
3.1	Die Analyse von Strategien	49
3.2	Muster strategischer Macht- und Gestaltungszielverfolgung	53
3.3	Elemente strategischer Muster von Macht- und Gestaltungszielverfolgung	56
4	Das Verhältnis von Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Parteien in der politikwissenschaftlichen Debatte	57
4.1	Macht- und Gestaltungszielverfolgung in der ökonomischen Debatte	58
4.1.1	Gleichzeitigkeit durch klare Ziel-Mittel-Relation	60

4.1.2	Intrinsische Gleichzeitigkeit beider Zielverfolgungen: Additive Separabilität	74
4.1.3	Zwei weitere (Querschnitts-)Aspekte	87
4.2	Macht- und Gestaltungszielverfolgung in der neueren Strategie- debatte: Instrumentelle Interdependenz	93
4.3	Zwischenfazit: Welches Konzept ist geeignet?	100
4.4	Handlungskanal strategischer Macht- und Gestaltungsziel- verfolgung	102
5	Die Erfassung strategischer Phasen: Das Analysetool	105
5.1	Machtsensibilität	111
5.2	Inhaltliche Handlungstendenz: Spuren der Vorhaben- entwicklung	116
B	Methodik und Vorgehen	121
6	Machtsensible Phasen: Empirische Grundlagen und Operationa- lisierung	123
6.1	Demoskopische Lage der Regierungspartei	124
6.2	Nebenwahlen	127
6.3	Machtsensible Phasen: Herkunft und Wahrnehmung	129
7	Handlungstendenzen: Strategische Spuren, ihre Identifizierung und Auswertung	131
7.1	Regierungsprojekte als Gestaltungsziele	132
7.2	Der Zugang über das Leitmedium <i>Süddeutsche Zeitung</i>	135
7.2.1	Problem der Selektivität und der Lückenhaftigkeit	136
7.2.2	Diskussion und Alternativen	138
7.3	Inhaltsanalytische Auswertung der Zeitungsausgaben	140
7.3.1	Qualitative und quantitative Daten und ihre Analyse	140
7.3.2	Inhaltsanalyse als Klassifizierung	142
7.4	Die Filterung der Zeitungsartikel und ihre Inhaltsanalyse	145
7.5	Heuristische Hilfsannahmen für die Kodierung	148
7.5.1	Die Referenz für Stabilität und Wandel sowie Befür- wortung und Ablehnung	149
7.5.2	Entscheidungsbefugnis über das Projekt	151

7.5.3	Stabilität und Nichterwähnung/Positionierung . . .	152
7.6	Einige Eingrenzungen	156
7.6.1	SPD-Projekte	156
7.6.2	Vorhaben-Eingrenzung	158
7.6.3	Einbezogene Akteure/Akteursgruppen	160
7.6.4	Welche Ideen werden betrachtet?	161
7.7	Überführung der Ergebnisse in eine auswertbare Tabelle . .	162

C Empirische Analyse 167

8 Machtsensible Phasen 1998–2005 169

8.1	Entwicklung der ‚Sonntagsfrage‘ 1998–2005	169
8.2	Nebenwahlen	181

9 Inhaltliche Handlungstendenzen: Halbjahresbetrachtungen . . 191

9.1	Hinweise für die Auswertung von ‚Spuren‘	193
9.2	Das Jahr 1998 (ab Juli)	196
9.3	Das Jahr 1999	198
9.3.1	1. Halbjahr 1999	198
9.3.2	2. Halbjahr 1999	200
9.4	Das Jahr 2000	202
9.4.1	1. Halbjahr 2000	202
9.4.2	2. Halbjahr 2000	203
9.5	Das Jahr 2001	204
9.5.1	1. Halbjahr 2001	204
9.5.2	2. Halbjahr 2001	206
9.6	Das Jahr 2002	207
9.6.1	1. Halbjahr 2002	207
9.6.2	2. Halbjahr 2002	208
9.7	Das Jahr 2003	210
9.7.1	1. Halbjahr 2003	210
9.7.2	2. Halbjahr 2003	211
9.8	Das Jahr 2004	212
9.8.1	1. Halbjahr 2004	212
9.8.2	2. Halbjahr 2004	214
9.9	Das Jahr 2005	215
9.9.1	Bis zur Neuwahlankündigung Ende Mai 2005	215
9.9.2	Nach der Neuwahlankündigung Ende Mai 2005 . . .	216

10 Zusammenführung und Auswertung	217
10.1 Anwendung des Analysetools	217
10.2 Muster der Zielverfolgung	222
11 Fazit	227
11.1 Strategische Muster instrumentell-interdependenter Zielver- folgung	230
11.2 Die Methode und der empirische Zugang	236
11.3 Die empirischen Ergebnisse	238
11.4 Perspektiven und Anschlussmöglichkeiten für weitere Forschung	242
Literaturverzeichnis	249

Abbildungsverzeichnis

1.1	Überblick über den Aufbau und Argumentationsverlauf der Arbeit	32
2.1	Parteien in der Delegationskette parlamentarischer Demokratien	40
2.2	Die Phasen des politischen Wettbewerbs	48
4.1	Drei Modelle des Verhältnisses von Macht- und Gestaltungszielverfolgung	58
4.2	Das integriertes Modell von Parteiverhalten	79
4.4	Mangelnde Verknüpfung verschiedener Zeitpunkte	90
4.5	2 × 2 Verhältnisse von Macht- und Gestaltungszielverfolgung	98
4.6	Handlungskanal mit hypothetischer ‚strategischer Fieberkurve‘	102
4.7	Idealtypische Handlungsstrategien von Parteien	103
5.1	Sechs Arten von Spuren	119
7.1	Referenzfläche mit Stabilität bzw. Wandel und Befürwortung bzw. Ablehnung	151
7.2	Kommentierter Ausschnitt der Tabelle zur Ermittlung der inhaltlichen Handlungstendenz	163
8.1	Sonntagsfrage: SPD und Union, Juli 1998–September 2005 .	170
8.2	Sonntagsfrage: Abstand SPD-Union in Prozentpunkten, Juli 1998–September 2005	171
8.3	Sonntagsfrage: SPD-Grüne und Union-FDP, Juli 1998–September 2005	172
8.4	Sonntagsfrage: Abstand SPD/Grüne-Union/FDP in Prozentpunkten, Juli 1998–September 2005	173
8.5	Sonntagsfrage: Relative Veränderung für die SPD zum Vormonat in Prozentpunkten, Juli 1998–September 2005	174
8.6	Sonntagsfrage: Relative Veränderung für SPD/Grüne zum Vormonat in Prozentpunkten, Juli 1998–September 2005 . .	175

8.7	Machtsensible Phasen von Juli 1998 bis Dezember 2001 auf Grundlage der ‚Sonntagsfrage‘	178
8.8	Machtsensible Phasen von Januar 2002 bis September 2005 auf Grundlage der ‚Sonntagsfrage‘	179
8.9	Nebenwahlen von Juli 1998 bis Dezember 2001 und ihre Einordnung	185
8.10	Nebenwahlen von Januar 2002 bis September 2005 und ihre Einordnung	186
10.1	Zielverfolgung von Juli 1998 bis Dezember 2001	220
10.2	Zielverfolgung von Januar 2002 bis September 2005	221
10.3	Strategische Fieberkurve der SPD 1998–2005	223

Tabellenverzeichnis

4.1	Organisationale und institutionelle Determinanten für eine verstärkte Neigung einer Zielorientierung	81
4.2	Situative Determinanten für eine verstärkte Neigung zu einer Zielorientierung	83
4.3	Überblick über die Sichtweisen des Verhältnisses von Macht- und Gestaltungszielverfolgung	101
5.1	Analysetool zur kontextsensitiven Einordnung des Parteihandelns	109
6.1	Machtsensible Hinweise durch Vergleich der Vor- (Zeilen) und Nachwahlsituation (Spalten) bei Landtagswahlen	128
7.1	Qualitative und quantitative Daten und Analyse	141
8.1	Regierungsbeteiligung der SPD auf Landesebene vor (Zeilen) und nach (Spalten) Landtagswahlen Juli 1998–September 2005	182
11.1	Diskussionsvorschlag einer Zugeständniseinteilung	245

1 Einleitung

Diese Arbeit kombiniert auf neue Art und Weise zwei offensichtlich zusammengehörende, gleichzeitig aber häufig in überraschender Isolation verbleibende politikwissenschaftliche Themenbereiche: der eine ist *politische Strategie*, der andere ist *die Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Parteien und ihrer Führung*. Additiv zusammengezogen und in einer ersten groben Eingrenzung lässt sich also sagen, dass sich diese Arbeit auf die *Strategien von Parteien bei der Verfolgung von Macht- und Gestaltungszielen* fokussiert. Dieser kurze Themenanriss erzeugt aber mehr Fragen, als er Antworten liefert: Was sind überhaupt ‚Strategien‘? Was haben sie mit Macht- und Gestaltungszielen zu tun? Und nicht zuletzt: Was sind die jeweiligen Ansatzpunkte, in welchen beide Themen aneinander andocken und voneinander profitieren können, und wie genau fokussieren sie im Verbund auf ein Erkenntnisziel?

Um hierauf Antworten geben zu können, ist es sinnvoll, sie in einem ersten Schritt zunächst isoliert vorzustellen, um sie dann durch die Identifikation einiger Leer- bzw. Schwachstellen in einem zweiten Schritt anschließend zu verweben. Die Besprechung des politikwissenschaftlichen Literaturstands für beide Themen bzw. ihres Überschneidungsbereichs stellt einen nicht unwesentlichen Teil dieser Arbeit dar und wird in nachfolgenden Kapiteln¹ noch umfangreich vorgenommen. Es werden hier einige Thesen und Einschätzungen genannt, deren detaillierte argumentative Herleitung und Fundierung in der Fachdebatte zu umfangreich für eine Einleitung wären. Da es hier zunächst um ein Verständnis der Stoßrichtung und Fragestellung dieser Arbeit geht, wird für einen besseren Lesefluss auf ausufernde Literaturangaben verzichtet und auf die entsprechenden Kapitel verwiesen.

¹ Siehe Kapitel 2, 3 und 4.

1.1 Strategien, strategische Intentionen und strategische Muster

Ein Thema dieser Arbeit ist *Strategie*. ‚Strategie‘ ist im politischen Bereich rhetorisch allgegenwärtig: Politiker² behaupten im Erfolgsfalle gerne von sich, ihre Ziele strategisch zu verfolgen, und Journalistinnen unterstellen dies auch häufig. Mit ‚strategisch‘ ist in diesem Zusammenhang meist recht vage irgendeine längerfristige Zielorientierung oder -verfolgung gemeint. Den strategisch Handelnden umweht einerseits der Hauch eines geschickten Taktikers, welcher vielleicht nicht direkt und sofort sein Ziel erreicht, sondern durch eine eher verschlungene Zielverfolgung möglich macht, was sonst nicht erreichbar gewesen wäre. Andererseits erweckt der Begriff ‚Strategie‘ auch Assoziationen von etwas Illegitimem oder zumindest Fragwürdigem, da hierunter auch Dinge wie Unehrlichkeit in den geäußerten Zielen, Hinhalten, Gegeneinander-Ausspielen oder andere anrühige Taktiken gezählt werden; Verhaltensweisen, deren Existenz der politischen Sphäre zwar gerne (und wohl zu Recht) zugeschrieben werden, über die aber gleichwohl die Nase gerümpft wird (vgl. Raschke/Tils 2007: 19–21).

Ungeachtet der Frage, wie man nun strategisches Handeln im politischen Bereich *bewertet*, lässt sich doch sagen, dass ‚Strategie‘ für die handelnden Akteure in der Politik von Bedeutung ist. Politikerinnen verfolgen Ziele, welche sich unter Umständen, oder wahrscheinlicher: in den seltensten Fällen, auf ‚direktem‘ Wege erreichen lassen. Politik-Machen ist kein linearer Prozess, er ist komplex, uneindeutig, verschlungen und von Blockademöglichkeiten geprägt, so dass die Akteure kaum umhinkönnen, ihre Ziele strategisch zu verfolgen. Strategisch zu denken und zu handeln bedeutet entsprechend auch, Ziele auf ihre Vereinbarkeit, Abhängigkeit oder mögliche Inkompatibilitäten zu prüfen, sie in Bezug zueinander zu setzen, und die *zeitliche* bzw. *prozessuale* Dimension der Zielverfolgung zu beachten; im Prozess der Zielverfolgung mögen sich unvorhergesehene und unvorhersehbare Möglichkeiten, Schwierigkeiten, Probleme etc. auftun, welche beständig auf die strategische Zielverfolgung einwirken und diese verändern. Strategie ist also eine Denk- und Handlungsweise, die für den politischen Bereich hilfreich, wenn nicht sogar unverzichtbar ist. Dies macht ‚Strategie‘ auch für die politikwissenschaftliche Betrachtung interessant, ist sie doch offensichtlich eine einflussreiche Dimension politischen Handelns: die Strategieanalyse

² In dieser Arbeit werden weibliche und männliche Formen zu gleichen Teilen und zufällig verteilt verwendet.

kann demnach dabei helfen, die Verhaltensweisen politischer Akteure besser zu verstehen und zu erklären.

Aber: Verlässt man ein erstes Vorverständnis von Strategie als irgendeine längerfristige, integrierte und prozessual orientierte Zielverfolgung, stellt man fest, dass trotz ihrer vorgeblichen Ubiquität der Begriff sehr amorph bleibt. Als erste Orientierung kann für den Bereich der Strategieberatung die grundlegende Unterscheidung zweier wichtige Dimensionen von Strategie getroffen werden (Mintzberg et al. 2007: 2ff.): Strategie als Plan und Strategie als Muster. Bei ersterer handelt es sich um „eine Richtung, eine Leitlinie oder eine zukünftig zu ergreifende Handlung, ein Weg von hier nach dort“. Bei zweiterer handelt es sich um ein „über einen bestimmten Zeitraum hinweg gleichbleibendes Verhalten“ (beide Zitate Mintzberg et al. 2007: 26). Diese Unterscheidung ist für die Strategieberatung, die Strategien beschreiben und analysieren möchte, äußerst bedeutsam, verortet die Strategie-als-Plan-Sichtweise doch Strategien in den *Intentionen* der handelnden Akteure (und ist somit ‚nach vorne‘ in die Zukunft gerichtet), die Strategie-als-Muster-Sichtweise hingegen in der Summe der *Handlungen* und *Entscheidungen* der Akteure (und ist somit ‚nach hinten‘ in die Vergangenheit gerichtet).

Der Unterschied zwischen beiden ‚Strategien‘ liegt aber nicht nur in der zeitlichen Betrachtungsrichtung (nach vorne: Plan; nach hinten: Muster), sondern auch in ihrem empirischen Zugang und ihrer Zugänglichkeit. Strategische Intentionen sind unbeobachtbare mentale Zustände in den Köpfen der Handelnden, und können höchstens durch einen Abgleich bzw. das Zusammenspiel von Selbstaussagen, Fremdaussagen, Hintergrundinformationen etc. identifiziert werden. Ihre ‚strategische‘ Natur ergibt sich aus dem gerichteten Willen der handelnden Personen. Strategische Muster hingegen sind eine Summe von in irgendeiner Form gleichgerichteten Handlungen, die sich zumeist direkt beobachten lassen. Allerdings kommt ihnen nicht ‚aus sich selbst heraus‘ eine strategische Natur zu; die Beobachtung und Identifizierung solcher Muster benötigt ein Vorverständnis davon, welchen Handlungen überhaupt strategische Qualität zukommt, und wie diese strategisch einzuordnen sind. Der beobachteten Handlung kann *für sich genommen* noch keine (eindeutige) strategische Qualität zugesprochen werden; es braucht eine *externe Interpretationsfolie*, inwiefern die Handlungen eine, und wenn ja welche, strategische Natur haben, und wie sie entsprechend eingeordnet werden können. Man mag sich dies an einem Beispiel verdeutlichen: Angenommen, man beobachtet, dass ein Mitglied der Regierungspartei

teiführung einen Vorschlag zur Abwandlung eines Politikvorschlags macht. Tat sie dies, um die Wiederwahlchancen ihrer Partei bei der nächsten Bundestagswahl zu erhöhen? Oder weil sie glaubt, dass der neue Vorschlag das adressierte politische Problem besser in den Griff bekommt? Möchte sie sich vielleicht bei seinem Koalitionspartner für eine Illoyalität rächen? Setzt sie hiermit einen innerparteilichen ‚Spaltpilz‘? Oder tat sie es vielleicht, um ihren Mann zu beeindrucken? Eine Möglichkeit wäre, sie zu fragen – dann befindet man sich im ‚Strategie-als-Plan‘-Konzept; ein durchaus sinnvoller und gangbarer Weg, vorausgesetzt, man hat die Möglichkeit, sie zu fragen. Die Strategie-als-Plan-Perspektive fokussiert somit auf die *Intentionen* der Handelnden, verortet also Strategie ‚in den Köpfen‘ der Akteure. Die andere – und, dies sei vorweg genommen, hier verfolgte – Möglichkeit ist, eine *externe Interpretationsfolie* heranzuziehen, um aus der schier unendlich großen Anzahl an (strategischen wie unstrategischen) Interpretationsmöglichkeiten diejenige herauszufiltern, die die strategische Dimension am angemessensten beschreibt. Eine solche externe Interpretationsfolie grenzt den Bereich ein, in dem das Verhalten strategisch eingeordnet werden kann, benennt Dimensionen und Elemente – insbesondere angestrebte Ziele – und gibt Interpretationshinweise. Die Muster-Perspektive auf Strategien verortet sie also entsprechend in den Handlungen und Taten der Akteure. Vor dem Hintergrund einer Interpretationsfolie ‚Parteienwettbewerb‘ mag man den obigen Politikvorschlag vielleicht als strategische Neupositionierung verstehen, vor dem Hintergrund einer Interpretationsfolie ‚Koalitionsgefüge‘ vielleicht als strategische Provokation, vor dem Hintergrund der Interpretationsfolie „Ehedynamik“ vielleicht als Versuch, den geringschätzigen Ehemann zu beeindrucken. Anders herum ausgedrückt lässt sich auch sagen, dass der Blick auf die strategischen Muster des Parteihandelns so lange *unfokussiert* bleibt, wie keine Interpretationsfolie vorhanden ist; erst durch sie werden strategische Muster greifbar und somit beobachtbar.

Naheliegenderweise steht und fällt der Mehrwert einer sich auf strategische Muster fokussierenden Herangehensweise mit der Angemessenheit dieser Interpretationsfolie. Eine mächtige Interpretationsfolie vermag – insbesondere wegen ihrer Zentralität und Unumgehbarkeit für die Parteiführung – die Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Parteien im politischen Wettbewerb zu liefern – womit die Brücke zum zweiten (Teil-)Sujet dieser Arbeit geschlagen wäre.

1.2 Parteien mit Macht- und Gestaltungszielen

Parteien sind unbestreitbar ein unverzichtbares Element demokratischen Regierens. Die Zentralität von Parteien für den politischen Prozess ergibt sich insbesondere aus der Tatsache, dass sie sich in einem *Wettbewerb* befinden, der letztlich konstitutiv für demokratische Gemeinwesen ist: Es ist die Konkurrenzsituation der Parteien um politische Macht, Ämter und die damit einhergehenden Gestaltungsmöglichkeiten, die sie so zentral für den demokratischen politischen Prozess machen. Da Demokratie immer auch beinhaltet, Herrschaft nur auf Zeit zu vergeben, handelt es sich beim demokratischen Parteienwettbewerb entsprechend auch um einen Wettbewerb um zeitlich befristete Herrschaft. Die dem Konzept des Parteienwettbewerbs zugrunde liegende zentrale Idee ist, dass Parteien bei regelmäßig stattfindenden Wahlen antreten und hierfür bei den Wählern um Stimmen werben. Sie bieten hierfür auf dem elektoralen Markt ein Bündel aus Politikvorschlägen, Vorstellungen einer guten, wohlgeordneten Gesellschaft (Ideologien) sowie Kandidatinnen zur Besetzung der politischen Ämter an. Die Wähler vergleichen die verschiedenen Angebote der Parteien und entscheiden dann auf dieser Grundlage, welcher Partei sie ihre Stimme(n) geben. Erreicht eine Partei die absolute Mehrheit an Stimmen, so bildet sie die Regierung. Ist dies nicht der Fall, so verhandeln die Parteien über die Bildung einer Koalitionsregierung. Für den Zeitraum der Legislaturperiode bildet dann eine Partei oder eine Koalition aus mehreren Parteien die Regierung, besetzt also die politischen Ämter und trifft allgemeinverbindlich die anstehenden politischen Entscheidungen. Die Aussicht auf die nächste(n) Wahl(en) und die damit einhergehende Möglichkeit der Abwahl führt zu einem dazu, dass die Parteien dem Elektorat gegenüber rechenschaftspflichtig bleiben, und sie zum anderen beständig (wenn auch nicht zwingend) an seine Interessen, Wünsche und Präferenzen gebunden bleiben (vgl. zu diesem Abschnitt Bara/Weale 2006: 1).

Keine etablierte repräsentative Demokratie organisiert ihren politischen Wettbewerb ohne Parteien, weshalb der Begriff ‚Parteienwettbewerb‘ nicht selten mit dem Begriff ‚Demokratie‘ gleichgesetzt wird (vgl. Strøm 2000; Strøm/Müller 1999). Wenn die Begriffe aber auch sicherlich nicht synonym sind, so ist doch klar, dass der politische Wettbewerb von Parteien ein basales Element von Demokratien ist. Dies trifft – nicht nur, aber in ausgeprägtem Maße – auf sog. Party-Government-Systeme zu, in denen die wech-

selseitige Durchdringung von politischem System und Parteien („partyness of government“; Katz 1986) besonders stark ausgeprägt ist.

Die funktionale Verschränkung von Regierung und Partei(en) ist nicht nur ein konstitutives Merkmal vieler politischer Systeme,³ sie ist auch die Quelle großer, ganz pragmatischer Herausforderungen der *Parteiführung*. Parteien sind keine personenlosen ‚politischen Maschinen‘, welche in den ihnen vorgesetzten Rahmenbedingungen nach spezifischen Mechanismen (oder, im Bild bleibend: Algorithmen) entscheiden; sie sind Organisationen von in der Regel sehr vielen Menschen, die von einer Führungsriege geleitet werden, für welche die Spielregeln des demokratischen Wettbewerbs nicht bloß abstrakte *Funktionslogiken* des politischen Systems sind, sondern realiter vorhandene *Handlungslogiken*. Mit anderen Worten: Für Parteiführerinnen manifestiert sich der politische Wettbewerb mit anderen Parteien und ihren Führern um Ämterübernahme und Gestaltungsmöglichkeit in der ganz konkreten Notwendigkeit, mehreren, teils voneinander abhängigen, teils spannungsreichen, teils widersprüchlichen Zielen und Anforderungen zugleich gerecht zu werden.

Was aber sind diese Ziele? Als wenig kontrovers kann wohl die Feststellung gelten, dass sich durch die Mittel- und Mittlerstellung von Parteien im politischen System – als Partei im Wettbewerb mit anderen Parteien („party-in-the-electorate“) und als Regierungspartei („party-in-government“, vgl. Key 1964) – zwei basale Zielkomplexe identifizieren lassen: *Machtziele* und *Gestaltungsziele*. Die englischsprachige Literatur benennt diese Unterscheidung der Handlungsorientierung als power-seeking⁴ bzw. policy-seeking-Verhalten von Parteien. Parteien streben demnach sowohl nach der Übernahme politischer Ämter (Machtziele) als auch nach der Durchsetzung der von ihnen entwickelten und formulierten Politiken (Gestaltungsziele). Auch liegt auf der Hand, dass sich die beiden Ziele gegenseitig bedingen: Nur mit Macht-/Ämterbesitz lassen sich Gestaltungsziele durchsetzen, und nur durch das Angebot attraktiver Gestaltungsziele auf dem Wählerinnenmarkt ist es möglich, Macht zu erlangen.

Ist es vielleicht wenig umstritten, dass Parteien sowohl Macht- als auch Gestaltungsziele verfolgen, und diese sich wechselseitig bedingen, so ist es aber in der politikwissenschaftlichen Fachdebatte noch nicht hinreichend

³ „[...] Government decisions and party decisions are often intimately linked“ (Strøm/Müller 1999: 1).

⁴ Mit diesem Begriff werden die beiden geläufigen Begriffe des ‚office-seeking‘ und ‚vote-seeking‘ zusammengefasst.

geklärt, wie denn dieses ineinander verschränkte ‚sowohl-als-auch‘ zu verstehen und zu interpretieren ist. Hier wird die Parallelität beider Ziele entweder eindeutig zu Gunsten eines intrinsisch motivierten Ziels aufgelöst, wobei das jeweils andere Ziel instrumentell hierauf gerichtet ist; es ergeben sich dann aber methodische und theoretische Probleme sowie auch empirische Unzulänglichkeiten. Oder aber die gleichzeitige Verfolgung beider Ziele wird akzeptiert, aber durch eine ausschließlich sich ergänzende Sichtweise der instrumentelle Link beider Ziele gekappt. Bisherige Interpretationen des Verhältnisses beider Ziele sind also durchaus problembehaftet.

An dieser Stelle liefert – es wird die Brücke zurück zum ersten Thema geschlagen – das strategische Element des Handelns der Parteiführung einen neuen, frischen Ansatzpunkt, um die Schwierigkeiten der Konzepte des Verhältnisses von Macht- und Gestaltungszielverfolgung zu umgehen bzw. vielleicht sogar aufzulösen (siehe Raschke/Tils 2007). Denn: Die Tatsache, dass Parteien *sowohl* Macht- *als auch* Gestaltungsziele anstreben, lässt sich gewinnbringend als *strategische* Anforderung an die Parteiführung reformulieren: Parteien verfolgen *beide* Ziele strategisch. Was aber bedeutet dies genau, und was für einen Unterschied macht es?

Die oben in aller Kürze genannten prinzipiellen Konzepte fokussieren auf die Priorisierung von Handlungsoptionen der Parteiakteure in spezifischen Entscheidungssituationen: Welchem Ziel räumen sie im Zweifel eine höhere Priorität ein, und wie gehen sie mit Zielkonflikten um? Daher handelt es sich letztlich um eine statische Betrachtung, da weder einbezogen wird, wie es zu eben dieser Situation gekommen ist, noch, wie sie sich nachfolgend entwickelt bzw. entwickeln kann. Viele der konzeptionellen Probleme bisheriger Konzepte der Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Parteien resultieren – dies ist eine wichtige Grundannahme dieser Arbeit – aus dieser statischen Sichtweise, da sich die ‚Strategie‘ von politischen Akteuren eben nur bedingt in der *unverbundenen* Aneinanderreihung von Einzelentscheidungen manifestiert, sondern in ihrer situationsübergreifenden, *verbundenen* Zielausrichtung. Statische Konzepte sind daher nur bedingt in der Lage, der strategischen Dimension des Handelns im politischen Bereich Rechnung zu tragen: Es ist – siehe oben – gerade das Situationsübergreifende, Prozessuale, sich zeitlich Entwickelnde, auch der Suchprozess der Zielverfolgung, welches *aus Akteurssicht* der handelnden Parteien bei der Macht- und Gestaltungszielverfolgung wichtig ist. Der strategische Denkansatz verspricht eine Integration der beiden Zielkomplexe, die deutlich besser die faktischen

Handlungsweisen der politischen Akteure zu erfassen vermag, als es die letztlich künstliche, von außen hineinprojizierte analytische Trennung beider Ziele schafft. Betrachtet man das Verhältnis von Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Parteien aus der strategischen Warte heraus (siehe Raschke/Tils 2007), ergibt sich ein neues, gewinnbringendes Konzept ihres Verhältnisses, welches hier als ‚Instrumentelle Interdependenz‘ bezeichnet wird. Auf den Punkt gebracht: Der strategische Blickwinkel liefert einen Ansatzpunkt für ein verbessertes Verständnis der Verfolgung von Macht- und Gestaltungszielverfolgung durch Parteien. Er hilft, das Verhältnis beider Ziele besser zu konzeptionalisieren, wodurch auch gehaltvollere empirische Analysen ermöglicht werden.

Allerdings wurde bislang dieses innovative, eben instrumentell-interdependente Konzept des strategischen Verhältnisses der Macht- und Gestaltungszielverfolgung für eine intentionale Strategieanalyse, also im Sinne der ‚Strategie-als-Plan‘-Sichtweise, entwickelt und angewendet (siehe Raschke/Tils 2007). Um dieses Konzept für die Identifikation strategischer Muster fruchtbar zu machen, bedarf es einiger Anpassungen und ‚Übersetzungen‘, die in dieser Arbeit entwickelt werden, um es dann als die notwendige Interpretationsfolie für die Identifikation strategischer Muster einsetzen zu können.

Die Identifikation strategischer Muster bleibt also so lange gegenstandslos, wie ungeklärt ist, *wovon* Muster identifiziert werden sollen. Der Strategiebegriff muss mit spezifischen *Zielvorstellung* der im Fokus stehenden Akteure gefüllt werden, deren Verfolgung sich in hierauf gerichteten Handlungen *manifestiert*. Es wird in dieser Arbeit aus der Kombination des Konzepts der Instrumentellen Interdependenz und der ‚Strategie-als-Muster‘-Sichtweise ein neuartiger ‚Handlungskanal‘ entwickelt, welcher in der Lage ist, als Beschreibungsmittel der strategischen Muster der Macht- und Gestaltungszielverfolgung zu dienen.

Geläufige, aber eben noch nicht näher empirisch untersuchte Unterstellungen über strategische Muster von Parteien sind bspw. die Annahme eines ‚Spannungsbogens‘, welches das Regierungshandeln bildet. Dieser Spannungsbogen beinhaltet z. B. das machiavellistische Prinzip ‚von der Grausamkeit zur Milde‘ (sprich einer unpopulären Gestaltungsstrategie direkt nach einer Wahl, welche mit größerer Nähe zum nächsten Wahltermin von einer populäreren Politik (= Machtstrategie) abgelöst wird), oder das Prinzip, eine längere (Über-)Betonung einer Zielverfolgung zu vermeiden. Auch wird

gelegentlich bspw. – freilich ohne empirischen Nachweis – ein im Zweifelsfalle und in letzter Konsequenz nun doch vorhandener Vorrang des Machtziels proklamiert.⁵ Ob sich solche, ähnliche, oder ganz andere Muster identifizieren lassen, wird ebenfalls Gegenstand der Untersuchung sein. Dies darf allerdings nicht insofern missverstanden werden, als ob diese Thesen *getestet* werden. Sie werden hier nur zur illustrativen Zwecke genannt, um den abstrakten Begriff des strategischen Musters ein wenig zu konkretisieren.

1.3 Forschungsfragen und Untersuchungszeitraum

Die Kombination beider Themen ermöglicht also die Entwicklung eines handhabbaren und angemessenen Mittels zur Identifikation strategischer Muster der Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Parteien. Ein großer, erster Teil (A) dieser Arbeit wird sich entsprechend mit dieser konzeptionellen Aufgabe beschäftigen. Doch wird hier nicht stehengeblieben; mag die Entwicklung eines solchen Konzepts vielleicht eine neue, theoretisch-konzeptionelle Perspektive eröffnen, ein Selbstzweck ist sie sicherlich nicht: „The proof of the pudding is in the eating“ (Wuffle 1999: 205). Erst wenn sich zeigt, dass sich das Konzept auch in der empirischen Analyse als zielführend erweist (sprich: es in der Lage ist, strategische Muster realitätsangemessen zu identifizieren), kann es als valide gelten. Doch was ist ein angemessener Untersuchungsgegenstand und -zeitraum für die empirische Analyse?

Im Gegensatz zu manch anderen Analysegegenständen (bspw. Politikfeldanalysen eines bestimmten Policy-Making-Prozesses, der eine gegebene zeitliche Ausdehnung hat), in denen das Untersuchungsinteresse zumindest einen ungefähren Rahmen für den Untersuchungszeitraum vorgibt, ist dies bei der Strategieanalyse von Macht- und Gestaltungszielverfolgung kaum gegeben; es ließen sich strategische Muster eines einzelnen, vielleicht wenige Wochen umfassenden Gesetzgebungsprozesses ebenso analysieren wie eine Vielzahl an Projekten, die über Jahre entwickelt werden.⁶ Es gibt keinen sich aus sich selbst heraus ergebenden Untersuchungszeitraum, da strategische Muster im Kleinen wie im Großen gesucht werden können.

⁵ Siehe für viele Raschke/Tils (2007: 148).

⁶ Es wird hier Raschke/Tils (2007: 127) gefolgt, welche das strategische Element nicht im (meist allzu vage definierten) *Längerfristigen* verorten, sondern im *Situationsübergreifenden*.

Bei gegebener Zeit- und Ressourcenausstattung für die Analyse (wie bei Dissertationen der Fall) ist der Vorteil kürzerer Zeiträume sicherlich eine größere *Analysetiefe*, dies aber dann auf Kosten der *Analysebreite*; bei längeren Untersuchungszeiträumen ist dies entsprechend umgekehrt. Der entscheidende Maßstab bei der Wahl des Verhältnisses von Analysetiefe und -breite ist, wie zielführend es für das Erkenntnisziel der Arbeit ist. Vor dem Hintergrund, dass die empirische Analyse insbesondere (wenn auch nicht ausschließlich) zur Validierung des entwickelten Konzepts dient, gibt es im Rahmen dieser Arbeit insbesondere zwei Gründe für einen längeren, mehrere Jahre umfassenden Untersuchungszeitraum (unter Inkaufnahme einer eingeschränkten Analysetiefe). Erstens werden Parteien für eine ganze Legislaturperiode von mehreren Jahren gewählt; wenn sie natürlich auch populär sein wollen, könnten sie doch – einmal gewählt – zunächst verhältnismäßig unabhängig von den Wählerinnenpräferenzen handeln. Phasen des Gegenwinds, die z. B. durch eine unpopuläre Gestaltungszielverfolgung entstehen können, mögen daher durchaus ‚in Kauf genommen‘ werden; ebenso werden Phasen einer populäreren Politik vielleicht bewusst herbeigeführt. Ein zu kurz gewählter Zeitraum läuft Gefahr, nicht der vollen Bandbreite des Handlungsrepertoires von Parteien gerecht werden, da die Strategie und die strategischen Muster möglicherweise zu stark vom Zeitpunkt innerhalb des Wahlturnus abhängen. Aber auch andere Kontexte, die für die strategische Macht- und Gestaltungszielverfolgung relevant sein mögen (bspw. Mehrheitsverteilungen im Bundesrat, die Popularität von Politikerinnen, das Vorhandensein von Skandalen, Affären etc.), ändern sich u. U. nur über einen längeren Zeitraum. Die Wahl eines längeren Untersuchungszeitraums schafft hier also die nötige Varianz. Dies ist auch deswegen sinnvoll, weil es insbesondere das Zusammenspiel, das Aufeinanderfolgen, die instrumentelle Verquickung beider Verfolgungen ist, welche aus strategischer Sicht von Interesse ist.

Zweitens stellt zwar die angestrebte Wiederwahl nach Ablauf einer Legislaturperiode einen entscheidenden zeitlichen Orientierungspunkt dar, trotzdem handelt es sich nicht um einen ‚cut-off-point‘, wonach Vorheriges/Früheres nicht mehr von Bedeutung ist. Das Verhalten, die Festlegungen, die Zielformulierungen etc. vor einer Wahl können nach der Wahl nicht ignoriert werden. Der strategisch handelnde Akteur denkt zwar sicherlich insofern ‚von Wahl zu Wahl‘, als er in der Regel nicht an die *übernächste* Wahl denkt; er muss aber auch über den *nächsten* Wahltag hinaus denken, oder, wenn er

es nicht tut, zumindest seinem Vorwahlverhalten Rechnung tragen. Auf den Punkt gebracht: Der Wahlturnus bzw. der politische Wettbewerb hierin ist aus strategischer Sicht keine immer wieder aufs Neue startende Abfolge verschiedener Phasen (Wahl, Koalitionsverhandlung, Legislaturperiode, Wahl, etc.),⁷ sondern ein sich beständig fortentwickelnder und wiederholender Zyklus. Es gibt nicht wie beim Schach die Wiederaufstellung der Figuren nach Beendigung einer Partie. Das Verhalten vor und nach einer Wahl ist also aus strategischer Sicht hochrelevant und -interessant, würde aber aus dem Fokus geraten, wenn nur genau eine Legislaturperiode von Anfang bis Ende analysiert werden würde. Daher bietet es sich an, einen Zeitraum zu wählen, der zumindest über einen Wahltermin hinausgeht, oder aber mehrere Legislaturperioden umfasst.

Die bisher genannten Argumente beziehen sich allerdings nur auf die Länge des Untersuchungszeitraums, über das wo, wer und wann ist hiermit allerdings noch nichts gesagt. Die Bundesebene des politischen Systems der BRD als Antwort auf die Wo-Frage bietet sich an, da es sich erstens um ein politisches System handelt, in welchem durchaus eine Verschränkung von Regierungshandeln und Parteihandeln existiert. Zweitens ergeben sich – dies ist ein pragmatisches Argument – keine Sprachprobleme für den Autor. Als Antworten auf die Wer- und Wann-Frage in dieser Arbeit spricht vieles für die Regierungszeit der SPD von 1998–2005 (zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen) als empirischer Untersuchungszeitraum. Mit zwei Legislaturperioden⁸ ist er auch ausreichend lang.

Die Regierungszeit der SPD-geführten Koalition bietet sich aus mehreren Gründen an. Zwar gilt erstens die Parallelität von Macht- und Gestaltungszielverfolgung prinzipiell auch für Oppositionsparteien, allerdings sind sie ungleich schwerer zu identifizieren. Sie können nur indirekt (bspw. über den Bundesrat), und dies auch nicht immer, konkreten Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Ihre Gestaltungszielverfolgung ist zwar implizit vorhanden, verbleibt aber im Hypothetischen. Ein Fokus auf Parteien in Regierungsverantwortung zwingt sich daher auf. Zweitens handelt es sich bei der SPD um eine professionalisierte ‚catch-all‘-Partei, welche nicht nur ihrem Eigenanspruch nach eine Volkspartei ist. Sie ist bemüht, auch jenseits ihrer Stammwählerinnenschaft eine Programmatik zu entwickeln und auf

⁷ Zu den Phasen siehe ausführlich Unterkapitel 2.5.

⁸ Es handelt sich nicht um acht Jahre, wie man bei zwei Legislaturperioden und vier Jahren pro Legislaturperiode erwarten würde, da Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 um ein Jahr vorgezogene Neuwahlen herbeiführte.

dem elektoralen Markt anzubieten, welche prinzipiell für die Gesamtheit der Wählerschaft akzeptabel ist. Im Gegensatz zu Themen-, Nischen- oder Klientelparteien kann daher in besonderem Maße von einer Gleichzeitigkeit von Macht- und Gestaltungszielverfolgung ausgegangen werden.

Wenn auch hier die Analyse des empirischen Gegenstandes zunächst als weniger intrinsisch motiviert dargestellt wird als instrumentell auf die Konzeptvalidierung gerichtet, so heißt dies nicht, dass ihre Ergebnisse nicht auch für sich – eben intrinsisch – interessant sind und einen Erkenntnisfortschritt darstellen. Man würde der Analyse sicherlich nicht gerecht werden, wenn man sie nur auf die Ermittlung des Anwendungsmehrwerts der konzeptionellen Arbeit reduzieren würde; dafür ist sie zu umfangreich, geht über eine reine Illustration hinaus und zeigt zudem einen neuen Weg der Erfassung von (Regierungs-)Parteihandeln auf. Letztlich hängen die konzeptionelle Entwicklung und die empirische Anwendung deutlich stärker voneinander ab, als es die bisherige Darstellung impliziert: Ohne die empirische Analyse verbleibt die Konzeptionalisierung im Abstrakten, und ohne sie wäre die empirische Analyse in der Form nicht möglich.

Zwar führten – chronologisch den Entstehungsprozess dieser Arbeit betrachtend – die obigen Überlegungen zur Auswahl des Untersuchungszeitraums und Gegenstands; hiervon unabhängig ist aber, dass sich a priori einige interessante Kontexte identifizieren lassen, welche sicherlich strategierelevant sind und somit einen guten Gegenstand – jenseits der Anwendbarkeit des neuen Konzepts – begründen. So kam die SPD 1998 nach einer äußerst langen Phase der Opposition wieder an die Macht, hatte also die lang ersehnte Möglichkeit, selbst ihre politischen Inhalte umzusetzen. Auch veränderte sich im fokussierten Zeitraum die Stimmverteilung des Regierungs-, Oppositions- und „neutralen Blocks“ im Bundesrat, wodurch es Phasen gab, in denen die Regierungsparteien in unterschiedlichem Maße auf die Zustimmung der Oppositionsparteien angewiesen waren. Letztlich fällt in den Zeitraum die spektakuläre Neuwahlankündigung Schröders im Mai 2005, eine sicherlich für sich selbst untersuchungswürdige strategische Zuspitzung.

Die beiden Forschungsfragen – der konzeptionelle und empirische Fokus – dieser Arbeit seien der Übersicht halber einmal zusammengefasst:

Konzeptionelle Fragestellung: Wie lassen sich strategische Muster der Verfolgung von Macht- und Gestaltungszielen von Parteien angemessen erfassen?

Empirische Fragestellung: Welche strategischen Muster lassen sich in der Regierungszeit der SPD 1998–2005 erkennen?

1.4 Empirische Grundlage

Für die empirische Analyse bleibt nun noch die Frage zu klären, auf welcher Grundlage der empirische Gegenstand analysiert wird. Strategische Muster ergeben sich – wie bereits erläutert – aus der Summe und zeitlichen Abfolge einzelner Handlungen, Entscheidungen, Verhaltensweisen, Statements, Gegebenheiten etc. der Parteieliten im Untersuchungszeitraum; man kann diese Einzelinstanzen auch als ‚strategische Spuren‘ bezeichnen, die im Verbund miteinander Muster herausbilden (können). Solche strategischen Spuren sind prinzipiell beobachtbar, allerdings steht die Forscherin hier vor der doppelten Herausforderung der *Informationsbeschaffung* über das Parteihandeln und der *Informationsfilterung* auf relevante bzw. die wichtigsten Aspekte. Wie kommt man an Informationen darüber, wie die im Analysefokus stehenden Parteileiten vor Jahren gehandelt haben? Und: Selbst wenn dies kein Problem darstellen würde, wären schon bei einem deutlich kürzerem Untersuchungszeitraum als dem in dieser Arbeit gewählten die Aktivitäten und Tätigkeiten der Parteieliten geradezu unüberschaubar. Sie haben tagtäglich Besprechungen, gehen zu Konferenzen, führen Debatten, sprechen mit Journalistinnen, halten Pressekonferenzen, etc. Naheliegenderweise ist nicht alles, was sie tun, in gleichem Maße strategisch relevant. Wie kommt man also an die interessierenden Informationen, und wie verhindert man, bei einem längeren Untersuchungszeitraum in ihnen zu ertrinken? Kurz: Welches bearbeitbare empirische Material wird herangezogen?

Für den Zweck dieser Arbeit bietet eine systematische Auswertung von Artikeln der überregionalen Tageszeitung ‚Süddeutsche Zeitung‘ (SZ) eine gute Möglichkeit, erstens an die benötigten Informationen zu kommen und zweitens einen solch langen Untersuchungszeitraum forschungspraktisch überhaupt beherrschbar zu machen. Sie berichtet tagesaktuell von den wichtigen politischen Ereignissen und liefert so der Leserin die wichtigsten Informationen zum politischen Betrieb der BRD. Die Ausgaben der SZ werden mittels einer Inhaltsanalyse ausgewertet und tabellarisch in ein eigenes entwickeltes Symbolsystem überführt, welches es erlaubt, schnell und intuitiv